



Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr.:	VO/3514/2026
	Status:	öffentlich
	Datum:	07.09.2026
Dezernat:	I	
Fachdienst:	Dezernat I - Oberbürgermeister	
Sachbearbeitung:	Spies, Thomas	

Beratungsfolge			
Gremium:		Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat		Vorberatung	nichtöffentlich
Sozialausschuss		Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung	öffentlich

Marburg hält an Prinzipien der Humanität und Weltoffenheit fest.

Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die in den letzten Jahrzehnten in Marburg angekommenen Geflüchteten in Marburg willkommen sind.
2. Sie erkennt an, dass sie sich ganz überwiegend hervorragend in die Stadtgesellschaft integriert haben und das soziale und kulturelle Leben der Stadt, das Fachkräfteangebot für die lokalen Wirtschaft und insgesamt unser Zusammenleben deutlich bereichert haben.
3. Die Stadtverordnetenversammlung hält an den für Marburg prägenden humanitären Ansprüchen in der Tradition der Heiligen Elisabeth im Umgang mit Menschen, die vor Gewalt, Krieg und Verfolgung fliehen müssen, fest.
4. Die Stadtverordnetenversammlung dankt den zahlreichen ehrenamtlich engagierten Menschen, die sich in Marburg kontinuierlich für gutes Ankommen, Integration und ein zeitgemäßes Miteinander engagieren.
5. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Willen, die zuständigen Stellen in Land, Bund und der europäischen Gemeinschaft dazu zu bewegen, Kommunen mehr eigenen Handlungsspielraum zu geben. Kommunen mit der humanitären Qualität der Universitätsstadt Marburg sollten die Möglichkeit erhalten, kostenneutral nach eigenem Ermessen mehr Geflüchtete aufzunehmen, als sie nach den Aufnahme- und Zuweisungsregeln auf die Universitätsstadt Marburg entfallen würden. Sie bedankt sich beim Bündnis „Städte sicherer Häfen“ für das Engagement dieser Frage.

Sachverhalt

Die Vorlage wird als Vorlage des Oberbürgermeisters eingebracht, um sie fristwährend im Sitzungslauf September 2026 beraten zu können. Bislang sieht die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung die Einbringung von Alternativ- oder Ersetzungsanträgen durch die Fraktionen nicht vor. Der Oberbürgermeister geht davon aus, dass eine Mehrheit im Stadtparlament ihre in dieser Frage ihre grundsätzliche Haltung der Universitätsstadt Marburg ausdrücken möchte und versteht die Vorlage als Serviceangebot, um eine Beratungsgrundlage in dieser wesentlichen Frage zu haben. Selbstverständlich obliegt es den Fraktionen, ein größtmögliches Einvernehmen herzustellen und gegebenenfalls die Vorlage zu ändern. Das war aber zur Fristwahrung vor Erstellung und Einbringung dieser Vorlage nicht möglich.

Die Universitätsstadt Marburg zeichnet sich durch eine besondere Weltoffenheit und Humanität aus. Für dieses Engagement wurden die Stadt in Person des Oberbürgermeisters sowie der Verein Seebrücke 2021 mit dem renommierten Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet. Weltoffenheit und Humanität entsprechen unserem Anspruch an eine zukunftsfähige, offene, menschenfreundliche Gesellschaft.

Die jahrzehntelangen Erfahrungen der Universitätsstadt Marburg zeigen, dass Menschen, die aufgrund von Gewalt, Krieg und Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen und bei uns aufgenommen werden, eine große Bereicherung für die Universitätsstadt Marburg darstellen. Sie engagieren sich in wichtigen öffentlichen Bereichen, übernehmen Verantwortung für unser Gemeinwesen und tragen so zum guten Miteinander bei. Sie bereichern unser gesamtes kulturelles Leben und begegnen unseren kulturellen Traditionen mit großem Respekt.

Neben dem humanitären Anspruch und der gesellschaftlichen Bereicherung für die Stadtgesellschaft ist auch in Zukunft die Aufnahme Geflüchteter im originären Interesse der Universität Stadt Marburg. So zeigen bundesweite Untersuchungen, dass aufgrund des demographischen Wandels die Aufrechterhaltung einer Vielzahl öffentlicher Funktionen ohne erhebliche Migration nicht möglich ist. Das betrifft auch und unmittelbar die Bevölkerung der Universitätsstadt Marburg, insbesondere in Gesundheit und Pflege, aber auch Handwerk, Mittelstand und Pharmastandort.

Darüber hinaus ist die Mitgliedschaft im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ für die Universitätsstadt Marburg mit keinen finanziellen Belastungen verbunden. Im Gegenteil: Das Bündnis bietet seinen Mitgliedskommunen kostenfreie Informations-, Austausch- und Beratungsangebote, unter anderem zu Fragen der Aufnahme, Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen. Marburg profitiert damit unmittelbar von den Erfahrungen und Lösungsansätzen anderer Städte. Gerade bei Herausforderungen, vor denen viele Kommunen gleichermaßen stehen, ist dieser fachliche Austausch sinnvoll und hilfreich. Die Mitgliedschaft stärkt somit die kommunale Handlungsfähigkeit und ermöglicht es, von erprobten Ansätzen anderer Städte zu lernen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister